Stand: 26.01.2015

Prozessvereinbarung

**über die Einführung eines Personal-Service-Portals in Verbindung
mit einer elektronischen Arbeitszeiterfassung**

1. Präambel

In den vergangenen Jahren haben immer mehr Unternehmen und Kommunen elektronische Arbeitszeiterfassungssysteme und sogenannte Mitarbeiter- oder Personal-Service-Portale eingeführt. Dabei wird es den Beschäftigten ermöglicht, personalwirtschaftliche Prozesse automatisiert anzustoßen und persönliche Daten einzusehen und zu ändern.

Vor diesem Hintergrund verfolgt auch die Stadt Nürnberg mit dem Projekt „Personal-Service-Portal und elektronische Arbeitszeiterfassung“ das Ziel, moderne und zeitgerechte Instrumente für das Personalmanagement zu etablieren.

Diese Prozessvereinbarung bildet den Rahmen für eine zwischen der Stadtverwaltung und dem Gesamtpersonalrat abgestimmte Vorgehensweise bei der Einführung eines Personal-Service-Portals mit integrierter elektronischer Arbeitszeiterfassung.

2. Systemeinführung

Die Beschäftigtengruppen der Stadt Nürnberg verfügen über eine Vielzahl unterschiedlicher Arbeitszeitmodelle, die es elektronisch abzubilden gilt. Zudem ist es nicht praktikabel, alle Dienstgebäude auf einmal mit Terminals zu erschließen. Deshalb wird die Einführung schrittweise erfolgen.

3. Beschäftigtengruppen

Langfristig wird die Teilnahme grundsätzlich aller Beschäftigungsgruppen bei der Stadt Nürnberg angestrebt.

Zunächst wird das Augenmerk auf die Beschäftigten mit flexibler Arbeitszeit gerichtet, da diese am meisten von einem Zeiterfassungssystem profitieren. So erfordert die flexible Arbeitszeit Zeitaufschreibungen, um die geleistete Arbeitszeit zu ermitteln.

Während der Pilotphase sind Auszubildende von der Arbeitszeiterfassung ausgenommen.

Während des Prozesses wird die Barrierefreiheit geprüft und erprobt. Im Einzelfall werden auch abweichende Lösungen zugelassen.

4. Gebäude

In einem Pilotversuch gilt es das System zu testen, Erfahrungen zu sammeln, Arbeitszeitmodelle zu konzipieren und nötige Anpassungen vorzunehmen.

Der Pilotbetrieb findet im Rathausbereich statt und beinhaltet eine begrenzte Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Verwaltung.

Weitere Einführungs-Planung:

1. verbleibende Gebäude und Verwaltungsmitarbeiter/-innen im Rathausbereich
2. flächendeckende Einführung für alle Beschäftigten, die der Rahmen-dienstvereinbarung über die Regelung und Flexibilisierung der Arbeitszeit bei der Stadt Nürnberg unterliegen
3. weitere Beschäftigtengruppen

(Ggf. wird SUN bereits früher angebunden, um bereits in einer frühen Phase auch Erfahrungen mit den Anforderungen eines Eigenbetriebs zu sammeln.)

Abhängig von den gesammelten Erfahrungen kann die Einführungs-Planung nach der Pilotphase modifiziert werden.

5. Systemzugang

Der Zugang zum Personal-Service-Portal erfolgt ausschließlich von städtischen Endgeräten. Bei der Authentifizierung und der Verschlüsselung der Verbindung wird auf angemessene Sicherheitsstandards geachtet.

6. Dienstvereinbarungen

Die Dienstvereinbarungen für das Personal-Service-Portal und die elektronische Arbeitszeiterfassung gilt es in Abstimmung mit dem Gesamtpersonalrat während des Pilotbetriebs des Systems weiter zu entwickeln bzw. anzupassen. Anpassungen erfolgen im gegenseitigen Einvernehmen nach Bedarf und Entwicklungsstand.

Ausgangsbasis für den Pilotbetrieb bzgl. der elektronischen Arbeitszeiterfassung sind die Regelungen des Entwurfs der Dienstvereinbarung über die Einführung und den Betrieb einer elektronischen Arbeitszeiterfassung bei der Stadt Nürnberg, welche in der Arbeitsgruppe Inhalte bereits entwickelt wurden.

7. Schulungen

Es wird ein vierstufiges Schulungs- und Informationskonzept (über Multiplikatoren) für Administratoren, Führungskräfte, Personal-Sachbearbeiter/-innen und Beschäftigte entwickelt, um einen reibungslosen Systembetrieb sicherzustellen.

8. Pilotbetrieb

(1) Die vereinbarten Regelungen werden im Betrieb des Systems, soweit technisch möglich, umgesetzt.

(2) Bezüglich der Pausenregelung wurde, analog den bisherigen Regelungen für den Betrieb des Systems vereinbart, nach 6 Stunden einen automatischen Pausenabzug vorzunehmen. Sollte sich während des Systembetriebs in der Pilotphase herausstellen, dass diese Regelung nicht praktikabel ist, wird alternativ getestet, Pausen manuell zu erfassen.

9. Schlussbestimmung

(1) Die Prozessvereinbarung tritt am XX.YY.ZZZZ in Kraft.

(2) Einvernehmliche Änderungen der Prozessvereinbarung sind jederzeit möglich. Sie bedürfen der Schriftform.

(3) Die Prozessvereinbarung kann mit einer Frist von drei Monaten schriftlich gekündigt werden. Im Falle der Kündigung dürfen die bereits eingeführten Teile der elektronischen Arbeitszeiterfassung und des Personal-Service-Portals bis zum Abschluss einer neuen Vereinbarung weiterbetrieben werden, es sei denn es liegen sachliche oder sonstige rechtliche Gründe gegen den Weiterbetrieb vor. Nach Außerkrafttreten der Vereinbarung wegen Kündigung gelten ihre Regelungen bis zum Abschluss einer neuen Prozessvereinbarung weiter.

(4) Soweit einzelne Regelungen der Prozessvereinbarung auf Grund anderweitiger rechtlicher Bestimmungen unwirksam sein sollten, wird die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen hierdurch nicht berührt.